

Die Macht des Populismus ... oder der Abschied der Werte.

Diese Regierung schafft es durch die außenpolitische Diskussion von der Brutalität der Maßnahmen im Inneren abzulenken. Unmittelbar und direkt bekommen wir es zu spüren, was es bedeutet, wenn der Staat in bestimmten Bereichen zu rigorosen Sparmaßnahmen greift. Die Spargesinnung wird aber nicht konsequent betrieben, sie gilt nicht überall. Ganz leise, im Hintergrund, verdeckt durch die Diskussion um die EU, realisiert diese Regierung ein Programm, das diesen Staat wesentlich mehr verändert, als es von vielen wahrgenommen wird.

In der neuen Regierung sind die inhaltlich verwandten Themen Wirtschaft und Arbeit, sowie Umwelt und Landwirtschaft endlich zu gemeinsamen Ressorts verschmolzen worden, wobei die Themengemeinsamkeiten letzterer Zusammenlegung unklar sind. Das neue Ministerium für Arbeit und Wirtschaft vertritt also die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gleichzeitig. Die „gelungene“ Verschmelzung bei der Interessen läßt sich daran erkennen, daß im Budget die Arbeitnehmer mit 13,3 Mrd. öS belastet und die Unternehmer (und Selbstständige) mit 20,65 Mrd. öS begünstigt werden (Quelle: Profil).

Es wird sich zeigen, wie ein Ministerium aktiv die landwirtschaftlichen Interessen fördern kann, und gleichzeitig Auflagen für den Umweltschutz erarbeitet. Wie wäre es mit einem Zusammenschluß des Rechnungshofes mit den zu prüfenden Organisationen? Oder einer Kombination aus Justiz- und Innenministerium?

Der Verkauf staatlicher Betriebe, der Rückzug des Staates als gemeinnütziger Eigentümer, ebnet den Weg in eine neue Ära. Endlich weniger Beamte, die dem Steuerzahler weniger kosten. Strom kann billig gekauft werden, am besten gleich beim Atomgroßhändler

Frankreich, oder wo immer die Erzeugungskosten am geringsten sind. Strom ist ja nicht radioaktiv, und der Verbraucher braucht sich ja nicht zu sorgen, denn er unterstützt das atomkraftfreie Österreich und den Ausstieg Europas aus der Kernkraft. Gut, nachbarschaftliche Beziehungen gehen vor (Sicherheit). So hat sich Österreich (Außenministerin Benita Ferrero-Waldner) in Laibach für einen raschen Beitritt Sloweniens zur EU ausgesprochen.

Die vorzeitige Schließung von Krsko werde in diesem Zusammenhang nicht angestrebt, vielleicht um nicht den Verdacht auf Einmischung in innere Angelegenheiten aufkommen zu lassen...

Die Rundfunkgebühr wird um 6.60 öS "Kunstförderungsbeitrag" pro Monat erhöht. Aus dem Gesetzestext geht nicht hervor, wofür dieses Geld verwendet wird, bzw. wer es verwaltet oder ob es der Budgetsanierung dient.

Stermann & Grisseemann wurden vom öffentlich rechtlichen ORF im Februar suspendiert, nachdem sie Ende Oktober in einem Interview gesagt hatten „Ich glaube, wenn man Haider derzeit stoppen wollte, dann müsse man ihn *-piep!* Vorsicht freie Meinungsäußerung kann ihren Arbeitsplatz gefährden! Weiters wurde ein Redakteur der Oberösterreichischen Nachrichten, namentlich Gerhard Marschall, wegen der veränderten Politischen Lage, vom Herausgeber als „nicht mehr Tragbar“ bezeichnet....

Nicht zuletzt möchte die FPÖ die Subventionen von Kunst und Kultur bis zu 50 % senken, weil sie die Abhängigkeit der Künstler vom Staat fördern, und außerdem diverse Kunsteinrichtungen zur

politischen Agitation mißbraucht werden.

Noch ein Kunstgriff: Durch die Änderung der Zustellgebühren wird sich die Aussendung des TU INFO für das Jahr 2001 vermutlich um 20.000 S verteuern. Durch die Abschaffung der Presseförderung wird also die Äußerung und Verbreitung von Meinungen teurer.

Nur mehr ausgewählte Medien, die einer solchen Förderung würdig sind, oder groß genug sind, um auch den teuren Tarif zu bezahlen oder sowieso eigene Verteilernetze besitzen, werden in Zukunft unsere Meinung machen.

Der Zivildienst, eine der größten ethischen Errungenschaften der Demokratie, wird ausgehungert. Es ist offensichtlich die neue Politik, nicht direkt etwas abzuschaffen, was man nicht mehr haben will, sondern die Geisteshaltung zu bestrafen, die dahintersteckt. Es entscheidet nicht mehr das Gewissen sondern der finanzielle Faktor, ob man dem Bundesheer dient oder den Zivildienst ableistet.

Die Sache muß es jedem wert sein, da nicht nur Zeit sondern auch Geld reinzustecken.

Gemeinnützige Organisationen sind unerwünscht, weil sie keinen finanziellen Profit bringen (den man besteuern könnte?). Es wird beinhart abgerechnet werden müssen, Selbstbehalte kommen, belasten kranke und alte Menschen. JedeR wird es sich zweimal überlegen, ob er es sich leisten kann (will) zum Arzt zu gehen. Damit sinkt die Chance Krankheiten in einem Frühstadium zu erkennen und zu heilen, die Zahl der Gesundenuntersuchungen wird sinken und Zahl der Langzeitkranken wird steigen. Ein Gesundheitssystem das jedem

JedeR wird es sich zweimal überlegen, ob er es sich leisten kann (will) zum Arzt zu gehen. Damit sinkt die Chance Krankheiten in einem Frühstadium zu erkennen und zu heilen, die Zahl der Gesundenuntersuchungen wird sinken und Zahl der Langzeitkranken wird steigen.

Menschen eine ärztliche Versorgung unabhängig vom Einkommen garantiert, will man nicht mehr fördern.

Zudem werden auch Initiativen ergriffen, um den Mißstand der Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen. Dem Arbeitsmarktservice werden 3100 Millionen Schilling zu Gunsten der Pensionsversicherung gestrichen, und es wird ernsthaft darüber nachgedacht Langzeitarbeitslose zur Pflichtarbeit in irgendwelchen Bereichen zu verdonnern.

“Wer bezahlt die Budgetkonsolidierung?” fragte sich Stefan Schulmeister im Standart vom 13. März 2000 und schrieb unter anderem: “Besonders kraß ist die soziale Unausgewogenheit im Hinblick auf die “Superreichen”: Sie alle haben ihre Vermögen in Privatstiftungen eingebracht und müssen nur für jenen Teil der Erträge Steuern zahlen, der ausgeschüttet wird, und auch davon nur 25 Prozent KESt (die Hälfte des normalen Spitzensteuersatzes). Ein “kleiner Sparer” zahlt hingegen 25 Prozent KESt unabhängig davon, ob er den

Zinsertrag abhebt oder nicht. Hat etwa eine Stiftung einen Vermögenswert von einer Mrd. S (viele wie jene von Flick, Wlaschek, Esterhazy, Prinzhorn oder Dichand sind wesentlich reicher) und erzielt einen Jahresertrag von 100 Mio. S, von denen vier Mio. S ausgeschüttet werden, so beträgt die Steuerbelastung des Stifters, bezogen auf die Gesamterträge, ein Prozent. Da die Ausschüttungen nicht proportional mit der Höhe der Stiftungserträge steigen, ist das Steuersystem im gehobenen Vermögensbereich faktisch degressiv (ab ca. 20 Mio. S Vermögenswert lohnen sich Stiftungen): Je reicher jemand ist, desto geringer ist seine Steuerquote.”

Das Frauenministerium wurde abgeschafft. Frauen leisten ihren Dienst an der Gesellschaft indem sie Kinder kriegen. Das dritte Kind hat, unabhängig vom Einkommen, den „Mehrwertbonus“ von 750.- S pro Monat. Eigentlich sollte jeder Frau noch ein Blumensträußel überreicht werden und ein Dankschreiben oder doch ein Abzeichen ?

Diese Politik isoliert unser Land nach außen und spaltet unsere Gesellschaft.

Es wird ein Miteinander propagiert, ein Miteinander von “Patrioten”. Nebenbei glaubt die Regierung fest daran, daß die Sanktionen der EU von der Opposition geschürt werden, ja sogar von dieser inszeniert wurden, um dieser Regierung, die von Volkes Gnaden eingesetzt wurde, das Leben schwer zu machen.

Es ist eine Tatsache, daß es auch in anderen Ländern Europas radikale Parteien gibt.

Es gibt aber keine, im weiten Spektrum europäischer Parteien, die so unberechenbar ihre Positionen ändert, die Ängste schürt, Feindbilder stilisiert, und dann noch von den vierzehn “Feinden” verlangt, geliebt zu werden.

Natürlich weiß man, daß es eine Chance ist, die die EU der Regierung bietet:

Man stellt sich als unschuldiges Lamm hin, verteufelt die bösen 14 Staaten, die keine Ahnung haben, was Europa wirklich bedeutet.

“Besonders kraß ist die soziale Unausgewogenheit im Hinblick auf die “Superreichen”



Josef Innerhofer

Susanne Bruner

Studiengebühren?

Die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren geht meines Erachtens nach in die falsche Richtung. In letzter Zeit forderte BM Gehrler des öfteren, daß es doch möglich sein müsse, unvoreingenommen über das Thema Studiengebühren zu diskutieren.

Es haben sich auch verschiedenste “Bildungsexperten” zu Wort gemeldet und Studiengebühren schönegeredet. Was aber die meisten vergessen haben, ist die Diskussion im entsprechenden Kontext zu führen. Man kann die Frage um die Einführung von Studiengebühren nicht losgelöst von den (bedeutenden) Fragen des Dienstrechtes und der leistungsorientierten Denkweise im Lehr- und Forschungsbetrieb führen.

Natürlich muß es auch von Seiten der Studierenden möglich sein, über die Frage der Einführung von Studiengebühren wertfrei zu diskutieren – alles andere wäre demokratiepolitisch schwer bedenklich – aber nur, wenn man gleichzeitig über verwandte Problematiken offen und ehrlich redet. Der wesentlichste “Brocken” liegt im bestehenden Beamtdienstrecht verborgen. Dieses muß nachhaltig und umfassend reformiert werden. Das derzeitige starre und zahnlose Dienstrecht ist nicht vereinbar mit den Anforderungen an ein modernes “Universitätsunternehmen”. Weiters muß die Evaluierung der Lehre und Forschung endlich Konsequenzen zeigen (können). Es kann nicht sein, daß nur des Evaluierens wegen evaluiert wird,

und keine konkreten Schlüsse und Aktionen abgeleitet werden (können).

Last but not least muß über die Lernfreiheit der Studierenden diskutiert werden. Diese sollte optimaler Weise verfassungsmäßig garantiert werden und mit erweiterten Rechten bei Prüfungen verbunden sein.

Erst wenn diese Fragen ausreichend diskutiert worden sind, kann man die Diskussion um Studiengebühren angehen.

Ich lade die verantwortlichen Damen und Herren ein, sich der Diskussion vor Ort zu stellen und einmal bei einer Universität vorbei zu kommen und mit den Betroffenen zu reden.

Das derzeitige starre und zahnlose Dienstrecht ist nicht vereinbar mit den Anforderungen an ein modernes “Universitätsunternehmen”.



Kommentar von Michael Hausenblas